

# Wiesbadener Tagblatt.

Verlag Langgasse 21

„Tagblatthaus“

Salter-Halle geöffnet von 8 Uhr morgens bis 6 Uhr abends.  
Postfach: Frankfurt a. M. Nr. 7405.

Wöchentlich

12 Ausgaben.

Preis:

„Tagblatthaus“ Nr. 6558-52.

Von 8 Uhr morgens bis 6 Uhr abends, außer Sonntagen.  
Postfach: Frankfurt a. M. Nr. 7405.

Bezugspreise: Durch den Verlag bezogen: M. 3.80 monatlich, M. 11.40 vierteljährlich, ohne  
Traglohn; durch die Post bezogen: M. 4.75 monatlich, M. 14.25 vierteljährlich, ohne  
Traglohn. — Bezugsbestellungen nehmen an: der Verlag, die Ausgabestellen, die Träger und alle  
Postanstalten. — In Fällen höherer Gewalt, Betriebsstörungen oder Streiks haben die Be-  
zieher keinen Anspruch auf Lieferung, des Blattes oder Erstattung des entrichteten Entgelts.



Anzeigenpreise: Offizielle Anzeigen M. 1.25, auswärtige Anzeigen M. 1.50, deutsche Kleinanzeigen M. 5.—,  
auswärtige Kleinanzeigen M. 7.— für die erste Spalte, die zweite Spalte M. 4.—, die dritte Spalte M. 3.—,  
vierte Spalte M. 2.—, fünfte Spalte M. 1.—, sechste Spalte M. 0.50. — Bei wieder-  
holter Aufnahme unveränderter Anzeigen entsprechende Nachlässe. — Schluss der Anzeigen-  
annahme für beide Ausgaben: 10 Uhr vormittags. — Für die Aufnahme von Anzeigen an  
vorgeschriebenen Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.

Berliner Abteilung des Wiesbadener Tagblatts: Berlin NW. 40, Fürst Bismarckstraße 2. Fernsprecher: Amt Hanja 1371-1373.

Dienstag, 3. August 1920.

Morgen-Ausgabe.

Nr. 357. ♦ 68. Jahrgang.

## Die Reform des gewerblichen Schlichtungs- wesens.

Von Sukas Sartmann, Verbandsvorsitzender der deutschen  
Gewerksvereine (Hirsch-Dunker).

Der Krieg hat auch auf dem Gebiet des gewerblichen  
Einzugswesens Änderungen notwendig gemacht, die eine  
Verbesserung und zeitgemäße Ausgestaltung der Schlichtungs-  
einrichtungen zur Folge haben müssen. Im Dezember 1918  
ist das Hilfsdienstgesetz unter der Zustimmung aller maß-  
gebenden Arbeiterorganisationen geschaffen worden, dessen  
Zweck ursprünglich nur auf die reiblose und unbehinderte  
Ausübung der menschlichen Arbeitskraft gerichtet war, um  
das Hindenburg-Programm ausführen zu können. Die orga-  
nisierte Arbeiterschaft hätte sich jedoch mit diesem Gesetz  
nicht einverstanden erklären können, wenn nicht auf das Drängen  
ihrer berufenen Führer auch gewisse Garantien in das Gesetz  
hineingebracht wären, die den Arbeitern die Möglichkeit  
boten, ihre berechtigten Wünsche und Forderungen ent-  
sprechend zur Geltung kommen zu lassen. Schon beim Aus-  
bruch des Krieges vertraten alle Arbeiterorganisationen ohne  
Unterschied ihrer Richtung den Standpunkt, daß angesichts  
der Kriegslage von Streikbewegungen Abstand genommen  
werden müsse, und sie haben diesen Standpunkt für die ganze  
Dauer des Krieges auch aufrecht erhalten. Als dann das  
Hilfsdienstgesetz im ersten Entwurf vorlag und dieser Ent-  
wurf nur in ganz gedrängter Kürze von den Vätern der  
Arbeiterschaft, ohne deren Rechte genügend zu berücksich-  
tigen, verlangt die Arbeiter, daß ihnen durch dieses Gesetz  
auch eine Sicherung ihrer berechtigten Ansprüche durch zwen-  
denkliche Schlichtungs- und Einigungsstellen gegeben  
werden müßte. Der Erfolg war u. a. die Schaffung von  
Schlichtungsstellen für den Bereich der Bezirkskom-  
mandos. Diese Schlichtungsstellen sind dann nach dem Aus-  
bruch der Revolution durch die Verordnung der Volksbeauf-  
tragten vom 23. Dezember 1918 in die Friedenszeit hinüber-  
geleitet worden und haben heute noch Geltung.

Jedoch die Art ihres Aufbaus, ihre Zusammenlegung  
und ihre Aufgaben bedürfen mit Rücksicht auf die wirtschaft-  
liche Notlage des ganzen Landes einer Umgestaltung, die  
vom Reichsarbeitsministerium vorgenommen worden ist und  
deren Ergebnis nun in dem „Gesetzentwurf einer Schlichtungs-  
ordnung“ vorliegt. Es ist selbstverständlich ganz un-  
möglich, diesen Gesetzentwurf, der aus 274 Paragraphen be-  
steht, an dieser Stelle auf Einzelheiten einer Prüfung zu  
unterziehen, zumal er dem Reichstag noch nicht zugegangen  
ist, sondern nur als Grundlage zur Vorberatung mit  
Vertretern der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände  
dienen soll. Veranlassung zu dieser gelegentlichen Vor-  
arbeit sind die außerordentlich schwierigen Verhältnisse, un-  
ter denen unsere ganze Wirtschaft leidet, die außerdem noch  
besonderen Schwierigkeiten durch Streiks unterworfen ist, bei  
deren Einleitung die allereinfachsten gewerblichen  
Grundlagen vielfach mißachtet werden, und die dadurch das  
Streikrecht zu einem Streikunrecht verzerren. Das Inter-  
esse der Arbeiter selbst macht die Wiederherstellung geord-  
neter Zustände auf dem Gebiet der Arbeits- und Lohn-  
kämpfe erforderlich, denn unter den wilden Streiks, die ipso-  
facto, oft nur veranlaßt durch vereinzelte Kräfte und  
Maulwurfsarbeit entstehen, leidet nicht nur unsere Wirtschaft  
an sich, sondern ganz besonders auch die Arbeiter selbst, die  
aus der Unruhe nicht herauskommen und deren größerer  
Teil, auch der vernünftiger und besonnener Teil, die es  
hier endlich auf der Erde der Forderung hat. Es kann selbst-  
verständlich nicht die Rede davon sein, das gesetzlich gewähr-  
leistete Streikrecht der Arbeiter zu beseitigen. Das würde  
die Arbeiterschaft unter keinen Umständen hienieden lassen,  
und sie hat die Macht dazu, einen solchen Vorstoß reiflich  
abzuwehren. Darauf kommt es in dem Gesetzentwurf einer  
Schlichtungsordnung aber auch nicht an, sondern die Absicht  
trifft klar hervor, den längst anerkannten gewerblichen  
Grundgesetzen zu ihrem Recht zu verhelfen, das Streikrecht vor  
mißbräuchlicher Anwendung zu schützen, und damit die Mög-  
lichkeit zu schaffen, auf dem Wege der Gleichberechtigung  
und der Vereinbarung eine Regelung der Arbeitsverhält-  
nisse durchzuführen.

In einer ganzen Anzahl von Tarifverträgen sind bereits  
Bestimmungen enthalten, die darauf abzielen, daß in einem  
Streik nicht eingetreten werden darf, wenn die durch den  
Tarifvertrag vorgesehenen Schlichtungseinrichtungen ergeb-  
nislos durchlaufen sind. Eine solche Bestimmung ist in dem  
Kohle-Tarifvertrag für die rheinisch-westfälische Eisen- und Stahl-  
industrie enthalten, für die Transportarbeiter in Kauf-  
mannischen Detailgeschäften in Hamburg, für das Handels-  
Transport- und Verkehrsgewerbe in Berlin, für das Holzer-  
gewerbe Deutschlands, für die Futtermittel-, für das Dach-  
decker-, das Tischler-, das Schlosser-, das Feinmechanische In-  
dustrie und viele andere. Diese bisher auf dem Wege der  
Vereinbarung getroffenen Bestimmungen sollen nun in der  
Schlichtungsordnung „verankert“ werden. Der jetzt gedruckte  
vorliegende Gesetzentwurf enthält im zweiten Absatz des  
§ 103 folgende Fassung:

„Die Anrufung des Schlichtungsausschusses muß er-  
folgen von Arbeitgeberseite, wenn eine Aussperrung, von  
Arbeitnehmerseite, wenn eine Arbeitseinstellung beab-  
sichtigt wird. Aussperrungen und Arbeitseinstellungen sind  
unzulässig, bevor der Schlichtungsausschuss angerufen  
und entweder eine Einigung zustande gekommen oder ein  
Schlichtungsbescheid ergangen ist.“

Gegen diese Bestimmung wenden sich die Unabhängigen  
Sozialdemokraten und ihre sonstige Gefolgschaft, die hierin  
eine Festlegung des Streikrechts zu sehen glauben. Dapon  
kann jedoch keine Rede sein, sondern diese Bestimmung soll  
einfach nur festlegen, wie in den oben bezeichneten  
Tarifverträgen bereits festgelegt ist. Und wenn auf dem  
Wege des freiwilligen Abkommens derartige Ab-  
machungen getroffen sind, kann man doch nicht annehmen,  
daß die vertragsgewärtigen Arbeiterorganisationen damit  
ihre Streikfreiheit auf alle Fälle preisgeben wollen. Das, was  
der Gesetzentwurf will, ist nichts anderes, wie eine Über-  
leitung bisheriger privater Vereinbarungen in die gesetz-

liche Form und damit ihre allgemeine Gültigkeit und  
Rechtsverankerung.

Ähnlich verhält es sich auch mit der Bestimmung im  
§ 155 des Gesetzentwurfs, wonach beim Verlangen der Ein-  
igungsverhandlungen usw. ein Streik erst begonnen werden  
darf, wenn er in geheimer Abstimmung mit Zweidrittel-  
mehrheit beschlossen worden ist. Auch das entspricht den  
bisherigen gewerblichen Gepflogenheiten, die aller-  
dings die überrationalen Kapitalisten nicht gelten lassen  
wollen. Gewiß läßt sich über diese Dinge streiten, aber die  
umfassende Schlichtungsordnung wäre gar nicht notwendig,  
wenn nicht der Leidenschaft die Vernunft an erster Stelle  
stände.

Man braucht auch keineswegs alle Bestimmungen dieses  
Gesetzentwurfs reiflich als gut betrachten, aber er bildet eine  
Grundlage, die unter dem Ministerium des Sozialdemokra-  
ten Schlichtung geschaffen worden ist und auf der sich voraus-  
sichtlich ein brauchbares Gesetz aufbauen läßt. Dabei werden  
manche Vorarbeiten noch eingehender Erwägung und auch  
der Änderungen bedürfen. Wir denken dabei u. a. an die  
Schlichtungsstellen, an die Kosten der bei vereinbarten  
Schlichtungsstellen, an die u. a. nicht richtige Bestimmung,  
wonach die Verbindlichkeitsklärung eines Schlichtungs-  
bescheides durch die Verwaltungsbehörde erfolgen soll statt durch die  
Schlichtungsstelle selbst u. a. m.

Daß den Herren von der äußersten Linken ein solches  
Gesetz nicht paßt, ist nicht zu verwundern. Bei ihnen kommt  
es nicht auf die Wiederherstellung geordneter Zustände an,  
sondern lediglich auf Agitationsmittel und auf die Fest-  
machung der brutalen Gewalt, die vor den eigenen Klassen-  
genossen nicht halt macht. Die Notwendigkeit einer Reform  
des Schlichtungswesens liegt vor, und es ist unabweisbar  
besser für unser Volk, wenn Ordnung geschaffen wird, damit  
mit unserer Lebens einigermassen wieder froh werden  
können. Zum Volk gehören doch wohl auch die Arbeiter,  
oder wollen die Vertreter der äußersten Linken die Arbeiter  
von der Gesamtheit des Volkes absondern?

## Dr. Simons über den deutsch-österreichischen Zusammenschluß.

Dr. Wien, 2. Aug. Die „N. Fr. Pr.“ veröffentlicht eine  
Unterredung mit dem deutschen Außenminister Dr.  
Simons, der in Bezug auf die Wiedervereinigung, wonach die  
Londoner große Friedenskonferenz, auf der die Österreich  
zur Behandlung kommen sollen, ohne Separatierung Deutsch-  
lands abgehalten werden solle, erklärte: Wenn diese An-  
sicht richtig ist, so ist es sehr ermutigend, daß England zu-  
stimmt, daß über alle die arduen Fragen, die zwischen Aus-  
land und Deutschland zu regeln sind, ohne Heran-  
ziehung Deutschlands entschieden werden sollen.

Im Verlauf der Unterredung kam der Minister auch auf  
den Zusammenschluß von Deutschland und  
Österreich zu sprechen und erklärte, die Gefahr, welche  
Österreich durch die ungarische Frage und die Bestrebungen  
nach Verfestigung einer Donau-Föderation bedroht, sei nur  
durch ein Mittel zu bannen, nämlich durch Festhalten an dem  
Grundgedanken, daß es nur eine natürliche und rechtmäßige  
Lösung der deutschen Frage gebe: das sei der föderal-  
istische Zusammenschluß aller deutschen  
Stämme in Deutschland und Österreich. Auch dieser Ge-  
danke werde und müsse einmal zur Wirklichkeit werden,  
ebenso wie der Gedanke, daß Deutschland und England durch  
die härtesten wirtschaftlichen Interessen aufeinander ange-  
wiesen seien.

## Graf Bernstorff über den Völkerverbund.

Bb. München, 2. Aug. Die in München erscheinende  
demokratische „Süddeutsche Presse“ veröffentlicht in ihrer  
Nr. 20 vom 31. Juli einen Artikel des früheren  
Botschafters Grafen Bernstorff über „Deutschland und der  
Völkerverbund“. Graf Bernstorff führt darin aus, daß das  
Streben nach einem wahren Völkerverbund für Deutschland die  
einzige Rettung vor politischer Isolation und daß eine  
andere gerichtete deutsche auswärtige Politik keinerlei Aus-  
sicht auf Erfolg habe. Man dürfe nicht, wie früher, ledig-  
lich national empfinden, sondern müsse auch ein interna-  
tionales Gefühl haben. Trotz aller Mängel ist der Völkerverbund  
zum erstenmal in der Weltgeschichte politische Wirklichkeit  
geworden, der Völkerverbund, welchen der Königsberger Phi-  
losoph Kant als deutschen Begriff geprägt und als Völkerver-  
bündnis bezeichnet hat. Graf Bernstorff hält es für die  
Aufgabe der deutschen auswärtigen Politik, den Kampf für  
den Völkerverbund zu führen, da anzunehmen, wo Wilson ihn  
seinen Händen anvertraut hat. Die deutsche auswärtige  
Politik muß eine Politik der Ideen und der sittlichen Kraft  
sein. Der Völkerverbund muß ein internationales Weltwirt-  
schaftsorgan werden, in die Deutschland einbezogen wird, weil  
unser durch den Friedensvertrag gefährdeter Lebensadler  
auf anderem Wege nicht gesichert werden kann. Die  
Idee der wirtschaftlichen Gemeinschaft der ganzen Mensch-  
heit und der Ausdehnung des freien Verkehrs zwischen allen  
Völkern der Erde muß die Wirtschaftspolitik des Völkerver-  
bundes beherrschen.

## Die Grenzfestlegung in Oberschlesien.

W. T. B. Ratibor, 2. Aug. Die „N. Oberschles. Ztg.“  
meldet: Die Völkerverbundskonferenz in Paris hat über die  
Grenzfestlegung zwischen der Tschecho-Slowakei, dem Ostböhmer  
Ländchen und dem ober-schlesischen Völkerverbundsgebiet eine  
neue Entscheidung getroffen, daß die Grenze die pol-  
nisch-tschecho-slowakische Grenzkommissionslinie fest-  
setzt, bis zur Beendigung der Abstimmung als Grenze  
zwischen der Tschecho-Slowakei und Oberschlesien gilt. Wird  
das ober-schlesische Abstimmungsgebiet durch die Abstimmung  
polnisch, dann ist die Grenze erdacht. Bleibt das Ab-  
stimmungsgebiet deutsch, so wird nochmals in die Prüfung  
der Grenzfestlegung einzutreten werden. Die Entscheidung  
bedeutet, daß die Ostböhmen, Ostböhmen und Ostböhmen  
vorläufig bis zur Beendigung der Abstimmung unter  
tschecho-slowakische Verwaltung kommen. Das Reichs-  
ministerium des Äußeren in Berlin wird gegen diesen Ent-  
scheidungsprotestieren. Die Gemeindevorstände der drei Ge-  
meinden begaben sich zum Vorsitzenden der Internationalen  
Kommission, General Perard, und baten um Abänderung  
der Entscheidung.

## Eine neue Krise wegen der Amnestie- frage?

Br. Berlin, 2. August. (Eig. Drahtbericht.)  
Die Klärung in der Amnestiefrage, von der  
eine Zentrums-Parlamentskonferenz gestern sprach, ist  
leider noch nicht erreicht. Die Dinge haben sich viel-  
mehr einseitig recht unerfreulich zugespitzt. Es  
handelt sich nicht mehr um den üblichen Theaterlärm  
der „Freiheit“, vielmehr haben, wie uns bestätigt  
wird, Unabhängige sowohl wie Mehrheitssozial-  
demokraten ganz offen angekündigt, daß sie, falls die  
Amnestiefrage nicht nach ihren Wünschen erledigt wird,  
die Verabschiedung des Nototats zu ver-  
hindern entschlossen sind. In diesem Falle würden  
auch die Deutschnationalen mit ihnen zu-  
sammen operieren und wir hätten dann eine neue  
Krise, den Sturz des Kabinetts. Es liegt  
auf der Hand, daß, nachdem wir in diesen letzten Tagen  
soviel Schwebes überstanden haben und über uns  
ergehen haben lassen müssen, eine Regierungskrise aus  
solchem Anlaß schlechthin sinnwidrig wäre. Zudem hat  
im Augenblick keiner ein rechtes Interesse an der Be-  
seitigung des Kabinetts und deshalb hofft man in  
unterrichteten Kreisen, daß die Wetterwolken wieder  
verflattern werden und der Reichstag morgen  
in die Ferien wird gehen können.

## Die Entwaffnungsvorlage.

Ausschlußberatungen.  
Br. Berlin, 2. Aug. (Eig. Drahtbericht.) Die Vorlage  
über die Entwaffnung der Bevölkerung ist am gestrigen  
Sonntag einem besonderen Ausschuss übergeben  
worden und in einer nahezu achtstündigen Sitzung durch-  
gearbeitet worden. Bis auf die Bestimmungen über die Be-  
tätigung des parlamentarischen Beirats, der einem mit  
diskretionären Befugnissen ausgestatteten Reichskom-  
missar für die Entwaffnung beizugeben werden  
soll, ist die Vorlage vom Ausschuss erledigt worden, über  
die Befugnisse des parlamentarischen Beirats entstand eine  
ausgedehnte Debatte. Das Zentrum hatte beantragt, daß  
der Reichskommissar das Einverständnis des parlamen-  
tarischen Beirats bei den grundlegenden Ausführungs-  
bestimmungen einzuholen und auch bei grundlegenden Maß-  
nahmen diesen Beirat anzuhören habe. In dringender  
Frage kann der Reichskommissar allerdings grundlegenden  
Ausführungsbestimmungen selbständig erlassen. Diese sind  
alsdann dem parlamentarischen Beirat vorzulegen. Über  
diesen Antrag des Zentrums, der zwischen dem Standpunkt  
der Rechte und der Linken vermitteln soll, ist vorläufig noch  
keine Entscheidung gefallen. Sie ist heute mittags zu er-  
warten. Was die im Gesetz vorgesehene Hilfeleistung  
bei der Entwaffnung durch die Reichswehr betrifft,  
so haben die Unabhängigen diese Bestimmung abge-  
lehnt. Es wurde aber ein Antrag angenommen, wonach der  
Reichskommissar berechtigt ist, wenn die politischen Maß-  
nahmen zur Durchführung der Waffenablieferung nicht aus-  
reichen, die Reichswehr um Hilfe zu ersuchen. Die Reichs-  
wehr hat diese Hilfe zu gewähren. Die Verwendung der  
Reichswehr bedarf aber der Zustimmung der Reichsregie-  
rung. An den Befehlshabern der Reichswehr wird  
dadurch nichts geändert. Für diesen Antrag stimmten auch  
die Mehrheitssozialisten. Was die Verdon des Reichskom-  
missars anbelangt, so hat man sich dahin geeinigt, daß der  
Kommissar aus militärischen Kreisen genommen wer-  
den soll.

## Zwangswirtschaft und Kartoffelversorgung.

Br. Berlin, 2. August. (Eig. Drahtbericht.)  
Der Reichstagsausschuss für Volkswirtschaft  
verhandelte heute die Kartoffelwirtschaft.  
Ernährungsminister Hermes gab einen ausführlichen  
Überblick über den Stand der Angelegenheit. Die  
Entscheidung über die Aufhebung der Zwangs-  
wirtschaft wird erst nach Rücksprache des Aus-  
schusses mit den Fraktionen erfolgen.

## Auflösung der Brigade Lüderich.

Br. Berlin, 2. August. (Eig. Drahtbericht.)  
Infolge der Verminderung des Heeres wird die Reichs-  
wehrbrigade Lüderich in den Tagen vom 2. bis zum  
12. August aufgelöst.

## Eine Massendemonstration der Pazifisten in Berlin.

Br. Berlin, 2. Aug. (Eig. Drahtbericht.) Am gestrigen Jahrestag  
der Kriegserklärungen veranstalteten die Pazifisten eine Massen-  
demonstration im Lustgarten als einen Protest gegen neue Kriege.  
Im Vorfeld dazu wurde ein Demonstrationsszug veranstaltet,  
an dem auch die Kriegswunden, zum Teil in Wagen und Krankenbetten,  
teilnahmen.

## Der Generalstreik in Zittau.

Br. Berlin, 2. August. (Eig. Drahtbericht.)  
In Zittau und Umgebung ist nach Mitteilungen der  
dortigen Polizeidirektion der Generalstreik aus-  
gebrochen, den ein aus 15 Unabhängigen bestehender  
Ausschuss proklamiert hatte. Heute mußten auch alle  
Geschäfte schließen. Der Ausschuss zwang diejenigen  
Geschäftsinhaber, die sich weigerten, gewaltsam zur  
Schließung ihrer Geschäfte. Auch das Gas-  
und Elektrizitätswerk hat die Arbeit eingestellt. Die  
technische Nothilfe hat noch nicht eingegriffen. Die  
Forderungen der Ausständigen laufen hinaus auf  
eine Entwaffnung der Sicherheitspolizei und die Ab-  
gabe der Waffen an die Arbeiter.

## Die Präsidentschaftswahlen in den Vereinigten Staaten.

Aus New York wird uns geschrieben: Mehr als alles andere nehmen in Amerika augenblicklich die Präsidentschaftswahlen das Interesse der Allgemeinheit in Anspruch. Die Kandidaten der einzelnen Parteien bilden das Tagesgespräch und werden aus lebhaftester Erörterung. Eine echt amerikanische, großzügige Propaganda wird von den einzelnen Kandidaten entfaltet, denn diese scheinen sich gerade von ihrer Wirkung vielversprechend, wenn nicht alles für einen Erfolg bei der Wahl zu versprechen. Zu dieser Aufregung beizutragen, auch aller Art, denn wie eine vom „Wall Street Journal“ veröffentlichte Statistik ergibt, ist mit Ausnahme des Jahres 1916, wo Wilson gewählt wurde, stets derjenige Kandidat, der am meisten für Propaganda ausgab, in das Weiße Haus als Präsident der Vereinigten Staaten eingezogen. Wenn natürlich auch der von den einzelnen Kandidaten angelegte Propaganda-Fonds nicht der einzige ausschlaggebende Faktor für die Wahl gewesen ist, so hat er doch mindestens erheblich beeinflusst, und ein Zusammenhang zwischen dem angelegten Fonds und dem Wahlergebn ist unverkennbar. Was für Riesensummen die Amerikaner bei den Präsidentschaftswahlen ausgeben, mag die Tatsache beweisen, daß bei der Präsidentschaftswahl im Jahre 1896 für die Durchbringung McKinleys 16,5 Millionen Dollar ausgeben wurden. Die Beziehung zwischen dem Wahlfonds und dem Verhältnis der auf eine Stimme vereinigten Wahlmänner schwankt oft und ist stellenweise ohne inneren Zusammenhang. So konnte im Jahre 1880 der Kandidat Cleveland ohne besondere Ausgaben zu machen, 72 Wahlmänner auf seine Stimme vereinigten, während in demselben Jahre der Kandidat Douglas nur 12 Wahlmänner bei einer Ausgabe von 50.000 Dollar erhielt. Andererseits gab im Jahre 1896 McKinley 16,5 Millionen Dollar aus, um 271 Wahlmänner für sich zu gewinnen, während Bryan, der nur 0,67 Millionen ausgab, 176 Stimmen auf sich vereinen konnte. Die Durchschnittskosten für die Erlangung einer Wahlstimme betrugen in den letzten 60 Jahren etwa 8900 Dollar und für die Erlangung einer obliegenden Stimme etwa 10.000 Dollar. Die Kosten haben sich im Laufe der Zeit höher gehoben und betrugen in den letzten 40 Jahren für die gewöhnliche Wahlstimme 10.500 Dollar und für die obliegende Stimme 14.000 Dollar. Im Jahre 1916 hat Hughes 2.012.535 Dollar für Propagandazwecke ausgeben, trotzdem aber ist Wilson, der nur 1.400.229 Dollar ausgeben hatte, als Sieger in das Weiße Haus eingezogen.

### Erklärungen des ungarischen Ministerpräsidenten.

W. T. B. Budapest, 2. Aug. (Drathbericht.) In der Nationalversammlung erklärte der Ministerpräsident Graf Tisza, Ungarn verlange die Hilfe Europas nicht als Almosen, sondern im gemeinsamen Interesse Europas. Zur Durchführung des Friedensvertrags fordere Ungarn die Sicherung seines wirtschaftlichen Fortkommens. Die wirtschaftlichen Verhandlungen würden sowohl mit den ehemals feindlichen als auch mit den neutralen und verbündeten Staaten geführt. Die Unabhängigkeit und die Macht Ungarns würde die beste Gewähr für die Hilfe der Nationalitäten bilden. Unzuverlässige Elemente würden in der Armee zur Arbeit ohne Waffen angehalten werden. Die Unzuverlässigen werden von den ausländischen Behörden auf sachlicher Grundlage festgestellt. Gegen die Arbeiterkraft sei die Regierung niemals aggressiv gewesen, sie erwarte die Mitwirkung der Arbeiter in der sozialen Arbeit, verweigere sich aber gegen eine staatsgefährdende internationale Tendenz. Die Erklärungen des Ministerpräsidenten wurden mit lebhaftem Beifall aufgenommen.

### Die englisch-französische Anleihe bei Amerika.

W. T. B. Paris, 2. Aug. Nach einer Meldung der „Chicago Tribune“ aus New York wird England am 15. Oktober die Hälfte der französisch-englischen Anleihe von 500 Millionen Dollar zu 4½ Prozent zu bekommen. So daß die gesamte Forderung der Vereinigten Staaten auf England übergeben.

### Die russische Frage im englischen Unterhaus.

W. T. B. Paris, 2. Aug. Im englischen Unterhaus wird heute eine Debatte über die russische Frage eröffnet werden. Einige Abgeordnete werden, wie der Londoner Korrespondent des „Welt-Bericht“ meldet, an den Minister des Äußeren die Frage richten, ob er mit den Ansichten Churchills einverstanden sei.

### Eine englische Note über die Gefangenen in Baku.

W. T. B. Amsterdam, 31. Juli. Nach einer Meldung der „Central News“ hat die englische Regierung am 29. Juli eine neue Note nach Moskau geschickt, die die Freilassung der englischen Gefangenen in Baku verlangt. Die englische Regierung weist sich die Entscheidung der Räteregierung. Sie hätte keine Macht über jenes Gebiet, anzunehmen.

(13. Fortsetzung.)

Nachdruck verboten.

## Das Haus mit den Engeln.

Roman von Emma Hausdörfer-Meier.

Wenn er seit dem Tode bei Todoris stumpfsinnig, wie lebensmatt und teilnahmslos vor sich hingetrübt hatte, so glühten nun seine Augen in einer zornigen Erregung; eine kaum zu bezähmende Gereiztheit wühlte sein Wesen auf. Pius Bernegg fühlte, daß die Blicke des Sohnes feindselig auf ihm ruhten; der große, junge Mensch fing an, ihm unheimlich zu werden; er ging ihm, soviel er konnte, aus dem Wege.

Aber Alexander beobachtete ihn mit dem wachen Spürsinn eines Detektivs. Dinge, die ihm früher nie aufgefallen wären, bekräftigten den gespannt Forschenden in der Überzeugung, daß der Vater Vermögen besaß, nur für arm gelten wollte. Früher hatte Alexander wohl geglaubt, aus Sparsamkeit sammle der Alte jeden Umschlag der Briefe, die er bekam; nun durchschaute er auch den weiteren Grund: es sollte niemand den Aufdruck lesen. Als eine Pfandbriefverlosung ausgeschrieben war, hatte er einen Zettel neben sich liegen, den er rasch versteckte, als Alexander hinsah. Er besaß also wohl auch Wertpapiere, wahrscheinlich in eigener Verwahrung. Es sah ihm ähnlich, daß er in seinem Mißtrauen sein Geld nicht gern einer Bank anvertraute. Auch das entging den scharfen jungen Augen nicht, daß Pius, wenn die Zeitung kam, zuerst nach dem Börsenbericht schaute.

Er zweifelte gar nicht mehr: der Vater hatte sich ein Kapital zusammengehäuft! Ob er das wohl dem Rentamt ebenso verschwiege wie der eigenen Familie? Es machte Alexander eine grausame Freude, zuweilen von Steuerhinterziehungen zu sprechen, die recht empfindlich gestraft worden waren und er bemerkte, daß der Vater unruhig auf seinem Stuhl hin und her rutschte und sehr betroffen war.

Warum er wohl jeden Abend so ängstlich die Zimmertüren versperrte? Immer verweilte er noch

### Die russische Hingehungs-Taktik.

W. T. B. Paris, 1. Aug. Die Pariser Morgenblätter berichten, die Taktik der Sowjetherrschaft gebe, wie ein abgegangener Funkpruch beweise, darauf hinaus, die politischen Delegierten bis zum 4. August hinarbeiten; erst an diesem Tage wolle sie ihnen die Waffentilgungsbedingungen mitteilen.

### 600 Todesurteile in Kowno.

W. T. B. Kopenhagen, 2. Aug. (Drathbericht.) Die „Berlingske Tidende“ meldet aus Kowno, der Präsident des revolutionären Kriegstribunals teile der russischen Sowjetrepublik offiziell mit, daß sich die Anzahl der verhängten Todesurteile vom 2. Mai bis 26. Juni auf 600 beläuft. Davon wurden für Desertionen 273, für gegenrevolutionäre Handlungen 35, für Verrat 38, für Aufruhr 45, für Mordbeurteilung 99, für Verbrechen 42 und für dienstliche Vergehen 33 verhängt.

### Das englisch-persische Abkommen.

W. T. B. Paris, 2. Aug. Nach einer Meldung des „Temps“ aus London veröffentlicht die Reuters-Agentur eine Erklärung aus persischer Quelle, wonach das englisch-persische Abkommen bis nach Genehmigung durch das persische Parlament außer Kraft sei. Diese Entscheidung sei getroffen worden nach Einverständnis zwischen dem persischen Ministerpräsidenten und dem neuen englischen Gesandten in Teheran.

### Jugoslawien verlangt eine Abstraktionserenz.

W. T. B. Wien, 2. Aug. Wie aus Belgrad gemeldet wird, verlangt Jugoslawien, infolge Scheiterns der italienisch-jugoslawischen Verhandlungen vom Obersten Rat die Einberufung einer Abstraktionserenz.

### Der Friede für die Türkei.

W. T. B. Paris, 2. Aug. Nach dem „Echo de Paris“ glaubt man, daß der türkische Friedensvertrag am Freitag unterzeichnet werden wird.

### Ein Aufstand in Anatolien.

W. T. B. Amsterdam, 31. Juli. Die türkischen Nationalisten haben der „Times“ zufolge in Sile im Nordosten Anatoliens einen Aufstand provoziert. Dort wurde die Garnison angegriffen. Einzigartige Verstärkungen nahmen die Stadt wieder und hängten 12 Würdensträfer auf. Der Aufstand breitete sich bis zum Bezirk Totat aus, wo viele Häuser niedergebrannt wurden. Ein anderer Bericht lautet, daß die Stadt Sile durch einen Brand, der durch Artilleriefeuer verursacht worden war, in Asche gelegt wurde.

### Der italienische Botschafter beim Reichspräsidenten.

W. T. B. Berlin, 31. Juli. Bei dem Empfang des neu-ernannten italienischen Botschafters de Martino durch den Reichspräsidenten, bei dem auch der Reichsminister des Äußeren Dr. Simons zugegen war, hielt der Botschafter eine Ansprache, in der er u. a. sagte:

„In Erfüllung der mir durch das Vertrauen meines Herrschers und meiner Regierung anvertrauten Aufgabe werde ich alle Kräfte einsetzen, um die Beziehungen zwischen unseren Ländern herzlich und fruchtbar zu gestalten. Ich vertraue dabei auf die bereitwillige Mitwirkung der deutschen Regierung. Heute stehen wir vor der hohen Aufgabe, am gemeinsamen Wohl der europäischen Nationen den allgemeinen wirtschaftlichen Wiederaufbau vorzunehmen.“

### Der Reichspräsident erwirbt u. a.:

Ich beabsichtige die Wiederherstellung der vollen amtlichen Beziehungen zwischen den beiden Ländern. Die deutsche Regierung wird alles in ihren Kräften stehende tun, um in Erreichung dieser Ziele die künftigen Beziehungen zwischen unseren beiden Ländern fruchtbar zu gestalten. Mit Genugtuung darf ich namentlich die Tatsache erwähnen, daß unter allen Staatsministern die Völker Italiens den Gedanken der europäischen Solidarität als erste klar ausgesprochen und vertreten haben.

Nach der Überreichung des Beschaubauschreibens unterbreitete sich der Reichspräsident längere Zeit mit dem Botschafter und den Mitarbeitern der italienischen Botschaft.

### Zunahme der Erwerbslosen.

W. T. B. Berlin, 2. Aug. (Drathbericht.) Das Reichsarbeitsministerium teilt mit: Die Zahl der zu untersuchenden Erwerbslosen ist im Reich infolge der ungünstigen allgemeinen Lage gewachsen. Nach amtlichen Feststellungen beträgt die Zahl der männlichen Erwerbslosen am 15. Juli 262.983, die der weiblichen Erwerbslosen 91.154, insgesamt 354.137 gegen 321.126 Ende Juni und 297.185 am 15. Juni 1920. An den eigentlichen Erwerbslosen kommen 328.297 Familienangehörige, die als Zuschlagsempfänger unterstützt werden.

einige Minuten in dem streng geschützten Raum, erlaubte nicht, daß jemand ihm folgte, ließ auch sein Faktotum, den Kristelberger, niemals allein in die „gemalte Stube“. Alexander sagte sich: das muß ergründet werden. Eines Abends schlich er kopfschüttelnd vor, um sich recht bald zurückziehen zu können, löschte auch gleich sein Licht aus. Es war gar nicht schwer gewesen, an der alten Tür an seiner Kammer, an der überall Risse klappten, ein Guckloch zu erweitern, durch das man in das Nebenzimmer schauen konnte, ohne daß es auffiel. Der Vater kam mit seiner Lampe. Alexander lauerte hinter seiner Tür und betrachtete seine Bewegungen. Der alte Sekretär aus Mahagoniholz, der ihnen, als sie Kinder waren, immer große Neugier erweckt hatte, weil sich eine Klappe herabschlagen ließ und im Innern eine Menge kleiner Schabladen waren, fiel gerade in seinen Seckreis. Auf diesen schritt Pius zu, rüttelte an dem Schloß, kniete nieder, zog einen Schlüssel aus der Tasche, überzeugte sich, daß auch das untere Fach wohl versperrt sei, strich, wie um ein geliebtes Wesen, um den Schrank herum, von dem er sich offenbar kaum loszureißen vermochte. Also hier verwahrte er seine heimlichen Schätze! Zum erstenmal fiel es Alexander auf, wie belebend es doch für ihn sei, daß der Vater auch die Türe, die zu seiner Schlafstube führte, zusperrte. Hier konnte doch kein Einbrecher durchkommen. Ja, wenn irgend jemand stehlen wollte, so wäre doch der Sohn in der Nähe gewesen als der beste Beschützer! Er mißtraute also auch ihm.

Sein Groll auf den Vater wuchs, je mehr er die Täuschung durchschaute, der sie alle zum Opfer gefallen waren. Ein armer Mann braucht sich nicht so ängstlich vor Dieben zu fürchten! Der Vater hatte wohl schon Geld geerbt und wollte nur immer mehr zusammenraffen, ohne sich und den Seinen das Geringste zu vergönnen.

Solange die fanatische Sparsamkeit ihrer Lebensführung noch von der Vernunft geboten schien, hatte der junge Mensch wohl gegen das Schicksal gemurrt,

## Wiesbadener Nachrichten.

— Zur Milchpreissage. Der Magistrat legt zwecks Aufklärung des Publikums Wert darauf, festzustellen, daß an eine Freigabe der Milchverteilung an die Milchproduzenten vorerst nicht zu denken ist, da es wohl in der Hauptsache darauf ankommen dürfte, daß sämtliche Versorgungsbedürfnisse auch tatsächlich die ihnen zutreffenden Milchmengen erhalten. Eine Freigabe der Milchverteilung an die Produzenten oder Händler verbietet die Erinnerung weiter Kreise an die hier kurz vor Übernahme der Verteilung durch das städtische Milchamt herrschenden Zustände.

— Veränderliche Hundstage. Wie so oft, so sind auch in diesem bisher normal warmen Sommer die Hundstage keineswegs durch besondere Hitze ausgezeichnet. Seit ihrem Beginn am 23. Juli ist es im Gegenteil wesentlich kühler geworden, und 20 Grad Wärme sind in der vergangenen Woche auch bei uns nicht mehr erheblich überschritten worden. Immerhin ist bei uns der Witterungscharakter im allgemeinen sommerlich geblieben, wogegen sowohl an der Nord- und Ostküste wie im äußersten Osten und Süden des Landes die Wetterlage zeitweilig sehr ungünstig war. Namentlich im Alpenvorland, in Südbayern, war es um die Mitte der Woche schon herbstlich kalt; so hatte bei tagelangem Landregen München selbst mittags nicht mehr als 10 Grad Wärme.

— Bäderinnung Wiesbaden. Am Donnerstag, den 29. Juli, hielt die Bäderinnung Wiesbaden im „Deutschen Hof“ ihre vom Obermeister Sander geleitete ordentliche Generalversammlung ab. Der im Druck vorliegende Jahresbericht umfaßt die letzten 5 Jahre und enthält gewissermaßen die Kriesschronik der Bäderinnung Wiesbaden. Den Bericht über den in Berlin stattgefundenen Zentralverbandstag erstattete in ausführlicher Weise Herr Scheffel. Die Zwangsverwirklichung des Brotgetreides löst nach Mitteilung der Handelskammer Berlin das Reich etwa 4½ bis 5 Milliarden Mark. Besonders wertvoll ist Herr Scheffel darauf, daß unbedingt der Einschränkung der Leihlingshaltung, besonders in den nächsten Jahren, Folge geleistet werden müsse, da sonst die jetzt schon übergroße Anzahl stellenloser Gehilfen noch mehr vergrößert würde. Den breitesten Raum und erregte Debatte rief die Bepreisung der Weizenbrotverteilung sowie das Verbot der Herstellung von Weigebrot hervor. Einkimmig war die Verurteilung der Ansicht, daß es unbedingte Aufgabe der maßgebenden Stelle sei, die Bäder mehr in Schutz zu nehmen gegen die ungerechten Angriffe über die schlechte Beschaffenheit des Brotes, für die doch in keiner Weise die Bäder verantwortlich gemacht werden können, so lange ein derartiges Material geliefert wird. Die Kohlenbelieferung wurde als eine zu geringe bezeichnet. Andere Städte sowie auch der Landkreis würden besser beliefert. Wenn die Zuteilung so bestehen bleibt wie bisher, so läge die Gefahr nahe, daß in einigen Monaten die Herstellung des Brotes durch Mangel an Brennmaterial gefährdet würde.

— Richtige Vorrede für die Zolldeklaration. Es wird vielfach versucht, für die Zollbehandlung andere Deklarationen zu verwenden als solche, die von der Zollverwaltung geliefert werden. Gemäß Artikel 22 der Zollverordnungen zum Zollgesetz dürfen andere Deklarationsformulare als die von der Zollverwaltung abgegebenen für die Zollabfertigung nicht benutzt werden. Somit macht sich derjenige, der eine derartige Deklaration zur Anmeldung von Waren dem Zollamt abgibt, einer Zuwiderhandlung im Sinne des Art. 58 des Zollgesetzes schuldig und kann daher mit einer Ordnungsbüße belegt werden.

— Ein neuer technischer Betriebszweig der Telegraphenverwaltung. Die ständig wachsende Ausdehnung der Funk-einrichtungen und die Einführung der Hochfrequenztelegraphie und Telephonie auf Leitungen in der Reichstelegraphenverwaltung verlangt einen Stamm technisch ausgebildeter Beamten, die in der Wirkungsweise der Hochfrequenztechnischen Einrichtungen und in den ihnen zugrunde liegenden physikalischen Vorgängen gründlich ausgebildet sind. Zu diesem Zweck hat das Reichspostministerium besondere Lehrgänge beim Funkbetriebsamt eingerichtet, in denen sachkundiges Lehrpersonal an der Hand von Musterapparaten und sonstigen Lehrmitteln den Unterricht erteilt. An der Ausbildung nehmen im Wechsel höhere und mittlere Beamte der Reichstelegraphenverwaltung teil, die sich nach Reife und Befähigung für diesen neuen Dienstzweig eignen. Die Kurse sind mit Befähigungen der Großfunkstellen, der Hochfrequenzbetriebsstellen der Reichstelegraphenverwaltung und der funktelentechnischen Industrieunternehmen in Berlin und Umgebung unter sachkundiger Führung verbunden. Zukünftig sollen alle neuereinstellenden Anwärter für den höheren und mittleren Telegraphendienst von vornherein in der Hochfrequenztechnik in der besten Weise wie für die übrigen Zweige des Telegraphen- und Fernsprechnetzes ausgebildet werden.

— Keine Verbilligung der Postkörte für Drucksachen und Ansichtspostkarten. Der Hauptvorstand des Deutschen Buchdruckervereins hatte kürzlich eine Eingabe an das

aber sich in das Unvermeidliche gefügt. Nun brachten ihn die Leidensmienen der Mutter, das verblähte traurige Gesicht der Schwester fast zur Raserei. Nun mußte er einmal reden, Rechenschaft fordern, warum er nichts anderes hatte werden dürfen als Angestellter bei der Firma Todorf; nun sollte dieser grausamen Komödie, an die sie alle glaubten, ein Ende gemacht werden! Vorerst aber galt es, sich zu überzeugen, ob seine wohl-begründeten Vermutungen auch richtig seien; zu wissen, was in dem Sekretär lag.

Einmal, als die „gemalte Stube“ offen stand und der Vater nicht im Wege war, schaute er sich das Schloß an dem alten Schranke an, von dem der Vater jeden Abend wie von einem geliebten Wesen Abschied nahm. Er lachte laut vor sich hin. Wie das dem Geizigen wieder ähnlich sah! Trotz alles Mißtrauens hatte ihn das Geld gereut, sich ein gutes englisches Schloß anzuschaffen! Der nächste Schlüssel konnte dieses Nachwerk öffnen.

Als Junge von vierzehn und fünfzehn Jahren war Alexander ein eifriger Sammler von alten Sachen gewesen, hatte auf dem Speicher allerlei Trödel gefunden und sogar einmal heimlich bei einem fremden Altertums Händler ein kunstgewerbliches Beschloß verkauft, das ganz verrostet da oben lag. Das erste Taschengeld, das er besessen hatte. Von seiner Sammlung mußten noch eine ganze Menge Schlüssel beisammen liegen. Zu erst freilich brauchte er einen Zugang zu dem in der Nacht verschlossenen Prunkzimmer. Das war kein Kunststück. Denn jeden Morgen, wenn der Vater die silberne Mutter Gottes, die Uhr mit den Amoretten in den Laden hinuntertrug, steckte er auch wieder die Schlüssel an die Türen, wahrscheinlich um die Täuschung aufrechtzuerhalten, daß seine Vorsicht nur diesen Vergegenständen gelte. Alexander lief, während der Vater im Geschäft war, zu einem Schloßer und ließ sich einen zweiten Schlüssel nachmachen. Abends war alles in bester Ordnung.

(Fortsetzung folgt.)







